

**Der Kreistag  
Fraktionsgeschäftsstelle**

FDP-Antrag-Nr.: **FDP\_AG/0042/2018**

Mitarbeiterin / Mitarbeiter  
Robert Stauch

Gelnhausen, 12.04.2018

Beratungsfolge	Termin	Beratungsart
Kreistag des Main-Kinzig-Kreises	13.04.2018	Entscheidung

## **Antrag**

### **Änderungsantrag zum Antrag FW\_AG/0012/2018 "Einführung E-Government"**

#### **Der Kreistag beschließt:**

Der Kreistag des Main-Kinzig-Kreises beauftragt den Kreisausschuss bis zum Jahresende eine Strategie zum Aufbau eines effizienten eGovernment-Systems für die Kreisverwaltung und den kreiseigenen Gesellschaften, die eine Beteiligungsquote über 50% aufweisen (Sparkassen ausgenommen), vorzulegen.

Aus der Strategie soll die Umsetzung des hessischen eGovernment-Gesetzes ersichtlich sein.

Weiterhin wird der Kreisausschuss beauftragt, seine Strategie mit den Kommunen des Main-Kinzig-Kreises abzustimmen bzw. den Kommunen bei dem Aufbau von eigenen eGovernment-Systemen zu helfen. Dazu ist auch notwendig, dass Verwaltungsabläufe standardisiert werden.

Ferner wird der Kreisausschuss aufgefordert zum hessischen eGovernment-Gesetz Stellung zu beziehen. Insbesondere der Aufbau eines einheitlichen Zugangsportals zur Identifizierung ist von großer Bedeutung und kann nur überregional organisiert werden. Hierzu fehlen Aussagen im hessischen eGovernment-Gesetz.

Die vorzulegende Strategie listet die vom Kreisausschuss konkret geplanten Maßnahmen nach Amt bzw. Gesellschaft und deren Umsetzungszeitpunkt auf. Weiterhin soll ein jährliches Budget bereitgestellt werden.

Der Kreisausschuss wird weiterhin aufgefordert, die Bestimmungen der EU-Datenschutz Grundverordnung in die Strategie einfließen zu lassen.

#### **Begründung:**

eGovernment ist die Antwort der öffentlichen Verwaltungen auf die Anforderung, die

zum Antrag **FDP\_AG/0042/2018** vom 12.04.2018

**Betr.: Änderungsantrag zum Antrag FW\_AG/0012/2018 "Einführung E-Government"**

durch die Digitalisierung entstehen. In der Industrie ist der Begriff Industrie 4.0 schon etabliert und vielfach umgesetzt. Auch im Alltag hat die Digitalisierung schon erhebliche Veränderungen hervorgerufen. Die öffentlichen Verwaltungen hinken hinterher, man kann eher von Government 0.0 als 4.0 sprechen. Deutschland liegt laut einer Studie der Europäischen Kommission bei eGovernment lediglich auf Platz 22 in Europa und kann Ländern, wie Estland und Finnland, kaum das Wasser reichen.

Der Main-Kinzig-Kreis mit seinen 29 Kommunen stellt hier keine Ausnahme da, sondern hat ebenso noch keinerlei Strategie entwickelt, wie er diese disruptive Entwicklung meistern will. Der Gang zum Amt ist noch heute noch genauso erforderlich, wie 1974 bei der Gründung des Main-Kinzig-Kreises.

Städte, wie Frankfurt und Darmstadt, haben auch schon vor Jahren mit dem Aufbau von eGovernment-Systemen begonnen. 2013 hat dann die Bundesregierung ein Gesetz beschlossen, was jedoch primär die Bundesbehörden betrifft.

Die Bayerische Landesregierung hat Ende 2015 ein umfassendes Gesetz zu diesem Gebiet auf den Weg gebracht und ist deswegen auch führend auf diesem Gebiet. In Bayern wird eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen gesucht.

Hessen hat nun nach fast 3 Jahre einen halbherzigen Entwurf vorgelegt. Es gilt jetzt die sich abzeichnenden gesetzlichen Regelungen umzusetzen. Dazu ist eine Strategie notwendig.

In Hessen fehlen wichtige Aussagen zu einem einheitlichen Bürgerportal, OPEN Data usw. Deswegen ist es auch bedauerlich, dass der Main-Kinzig-Kreis es versäumt hat, eine Stellungnahme zum eGovernment-Gesetz abzugeben.

Weiterhin sind die Aussagen zum Datenschutz nicht ausreichend und insbesondere die Neuerungen aus der EU-Datenschutz Grundverordnung muss unbedingt berücksichtigt werden. Für die Entwicklung einer eGovernment-Strategie ist die Koordination und Einbindung der Kommunen absolut notwendig. Denn eGovernment funktioniert auch nur dann, wenn die verschiedenen Verwaltungsebenen koordiniert zusammenarbeiten würden.

An der „Lebenslage“ Umzug kann man verdeutlichen, dass eben verschiedene Verwaltungsebenen involviert sind. Die Anmeldung des Autos ist Kreisangelegenheit, das Einwohnermeldeamt eine kommunale Sache, genauso wie der Kita-Platz, während man bei der Schule auf Landeverwaltungen angewiesen ist. Heute braucht man so zwei bis drei Tage bis alles erledigt ist und ein weiterer Tag kommt hinzu, wenn man ein Hundebesitzer ist.

eGovernment ist nicht nur eine Umsetzung der bisherigen Verwaltungsverfahren, sondern verändert die Verwaltungsabläufe teilweise. Eine Standardisierung ist deshalb notwendig. Ferner ist eine Zusammenarbeit mit einer Hochschule zur wissenschaftlichen Begleitung vorteilhaft.

Ohne ein zentrales Zugangportal ist das eGovernment-System nicht effizient. Der Main-Kinzig-Kreis sollte sich deshalb dafür einsetzen, dass ein zentrales Zugangportal geschaffen wird.

zum Antrag FDP\_AG/0042/2018 vom 12.04.2018

**Betr.: Änderungsantrag zum Antrag FW\_AG/0012/2018 "Einführung E-Government"**